

**N I E D E R S C H R I F T**

**zur 14. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016**

**am Donnerstag, den 14.02.2013.**

**Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr                      Sitzungsende: 23:00 Uhr**

**Anwesend:**

**SPD-Fraktion**

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch (abwesend von 21.25 Uhr – 21.45 Uhr), Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau

**CDU-Fraktion**

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Elisabeth Wege

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

**FDP-Fraktion**

Christian Fischer

**Fraktion Freie Bürgerliste Weimar**

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman,

**Anwesende des Gemeindevorstandes:**

Bürgermeister Peter Eidam, Stefan Bug (I. Beigeordneter), die Beigeordneten Frank Dieffenbach, Reinhard Karber, Andreas Tauche, Helmut Wenz, Thomas Nuhn

**Entschuldigt fehlte:**

Reiner Sauer, Alexander Steiß, Helge Fuhr

**Schriftführerin:**

Rita Rohrbach

**Tagesordnung:**

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;  
Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Konzeption für die gemeindliche Kinderbetreuung  
hier: Entscheidung über die Einrichtung von Betreuungsplätzen für Kinder  
unter drei Jahren  
31/12/2012/11-16**
4. **Bildung eines Energiebeirates;  
hier: Informationen**

11/29/2012/11-16 1. Ergänzung

5. **Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 08.3 "Dorfgemeinschaftshaus Roth" im Ortsteil Roth vom 04.05.1992 und der 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Nr. 08.1 'Der Heier' der Gemeinde Roth (jetzt Gemeinde Weimar) vom 01.08.1970**  
60/7/2012/11-16
6. **Haushaltssatzung 2013 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept**  
20/17/2012/11-16
7. **Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013 zur Einführung eines elektronischen Versandweges hinsichtlich des die Gemeindevertretung betreffenden Schriftverkehrs**  
11/36/2012/11-16
8. **Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013 zur Umstellung von Innen- und Hallenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente**  
41/43/2012/11-16
9. **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.02.2013, einen ausführlichen Bericht über den Stand und die Planungen bezüglich des Dorferneuerungsprojektes Allna vorzulegen**  
11/38/2012/11-16
10. **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.02.2013 bezüglich der Festsetzungen im Teilregionalplan Energie Mittelhessen**  
11/39/2012/11-16
11. **Anfragen**
- 11.1. **Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 29.01.2013 bezüglich Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf alternative Leuchtelemente und der Stellungnahme von Bürgermeister Eidam in der 8. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016 zum Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2012**  
60/9/2012/11-16
12. **Verschiedenes**

#### **Inhalt der Verhandlungen:**

##### **1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Presse und die zahlreich erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 23 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Er gratulierte folgenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag:

Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Elisabeth Wege, Hans-Jakob Heuser sowie Schriftführerin Rita Rohrbach.

## **2. Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters**

1. Status Mischgebiet Hunsrück Roth:  
Das Kaufangebot sei inzwischen durch Beschluss des Gemeindevorstandes unterbreitet worden. Eine schriftliche Rückmeldung hierzu liege bisher nicht vor.
2. Der CDU-Antrag zum Planungsentwurf der Ortsdurchfahrt Niederweimar und Oberweimar sei in der Bearbeitung. Darüber hinaus habe zu dem Thema eine Bürgerversammlung stattgefunden. Dabei hätten die Behördenvertreter von Hessen Mobil und der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Fragen der Besucher beantwortet.
3. Bezüglich des Antrages zur Einrichtung eines „Runden Tisches“ zum Thema Kinder- und Jugendschutz habe eine erste Veranstaltung stattgefunden, bei der eine Vertreterin der Polizei das Programm „LEON“ vorgestellt habe. Zu der Veranstaltung seien die Fraktionsvorsitzenden, Vertreter der Kindergärten und Schulen, Elternvertreter, Kirchen und des Gewerbevereins eingeladen gewesen. Die Gemeinden Fronhausen und Lohra wurden über die Initiative unterrichtet. Vertreter dieser Kommunen erhalten Einladungen zu der nächsten Zusammenkunft, die für den 14.03.2013 vorgesehen sei.
4. Aufgrund des Prüfantrages der CDU-Fraktion sei geprüft worden, ob eine Packstation eingerichtet werden könne. DHL habe mitgeteilt, dass im Bereich der Gemeinde Weimar keine Packstation einrichten werde. Andere Anbieter wie UPS und GLS bieten diesen Service nicht an. Die hiesige Postfiliale könne sich die Einrichtung einer verlängerten Öffnungszeit an einem Wochentag vorstellen, werde jedoch dafür an einem anderen Wochentag früher schließen, da eine Ausweitung der Öffnungszeit aus personellen und Kostengründen nicht möglich sei.  
Die Poststelle wolle die abendliche Verlängerung der Öffnungszeiten jedoch zunächst nur probeweise einführen und bei nicht genügender Nutzung wieder zu den alten Öffnungszeiten zurückkehren.
5. Am 12.12.2013 wurde die Kooperationsvereinbarung Touristische Arbeitsgemeinschaft Marburger Land geschlossen.
6. Am 24.02.2013 finde, wie bereits bekannt, im Bürgerhaus Niederweimar die 875-Jahrfeier des OT Niederweimar statt. Prof. Dr. Siegfried Becker werde einen Vortrag über Weimar von 1138 bis 2013 – Rückblick und Ausblick halten. Musikalisch werde das Programm umrahmt vom Männergesangsverein Niederweimar, dem Chor „Klangfarben“ und der Bigband White Keys. Anschließend solle es einen kleinen Stehempfang geben. Hierzu seien alle herzlich eingeladen.
7. Ebenso werde für den 10.03.2013 von 14.00 bis 18.00 Uhr zu einem Energieforum in Allna herzlich eingeladen. Geplant seien diverse Vorträge bezüglich Fördermöglichkeiten für Energiewende im Altbau (Fachwerk), energetische Bauberatung usw.

## **3. Konzeption für die gemeindliche Kinderbetreuung hier: Entscheidung über die Einrichtung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren**

Drucksache: 31/12/2012/11-16 1. Ergänzung

Der Gemeindevertretung lag ein **Antrag der FBW-Fraktion** folgenden Inhalts vor:

1. Mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 in allen gemeindlichen Kindertagesstätten einen Mittagstisch und eine verlängerte Öffnungszeit von 7..00 Uhr bis 17.00 Uhr anzubieten:
2. In der Kindertagesstätte Roth bis zum 01.08.2013 die notwendigen baulichen Voraussetzungen zu schaffen, um eine bestehende Regelgruppe in eine altersgemischte Gruppe ab 2 Jahren umzuwandeln.
3. Sofern das ehemalige Gemeindehaus in Niederwalgern frei wird, dort, den Anforderungen der Kindergartenleitung entsprechend, die Nutzungsmöglichkeit als Mittagstisch und Ruheraum zu schaffen.
4. Unter Nutzung der staatlichen Fördermöglichkeiten, zügig die Einrichtung einer zunächst zweigruppigen Kinderbetreuung für U 3-Jährige im Ortsteil Wenkbach, bevorzugt im ehemaligen Lehrerwohnhaus, zu schaffen. Diese Kinderkrippe ist nach Möglichkeit als Außenstelle der Kindertagesstätte Roth einzurichten.
5. Die vorgelegte Konzeption zur gemeindlichen Kinderbetreuung weiter zu entwickeln.  
Es sind alle Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen zu erfassen. Neben den bestehenden Kindergartenberichten ist die Gemeindevertretung jährlich, nach Ende des Kindergartenjahres, über die Entwicklung zu informieren.
6. Die Zuwendung des Landes, (1. Abschlagszahlung ca. 82.000,-- €) für den Betrieb von Kindertagesstätten zweckgebunden zu verwenden.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, berichtete von den Beratungen im Ausschuss. Nach umfassender Diskussion habe man sich mehrheitlich darauf geeinigt, keine empfehlende Beschlussfassung vorzunehmen und das Thema noch mal in den Fraktionen zu besprechen.

Da das Thema ebenfalls im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beraten wurde, berichtete auch hier der Vorsitzende, Herr Manfred Möller. Im Ausschuss, so Herr Möller, habe die FBW-Fraktion einen Antrag mit 6 verschiedenen Punkten vorgelegt, der beraten worden sei. Allerdings habe der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss ebenfalls keine Beschlussempfehlung gefasst.

Frau Schneider von der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** überreichte dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung **einen weiteren Antrag**, der von ihr wie folgt vorgestellt wurde:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt:

1. Mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 in allen gemeindlichen Kindertagesstätten einen Mittagstisch und eine verlängerte Öffnungszeit von 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr anzubieten.
2. In der Kindertagesstätte Roth bis zum 01.08.2013 die notwendigen baulichen Voraussetzungen zu schaffen, um eine bestehende Regelgruppe in eine altersgemischte Gruppe ab 2 Jahren umzuwandeln.

3. Das Angebot in der Kindertagesstätte Oberweimar für unter 2jährige zu öffnen.
4. Die vorgelegte Konzeption zur gemeindlichen Kinderbetreuung weiter zu entwickeln. Es sind alle Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen zu erfassen. Neben den bestehenden Kindergartenberichten ist die Gemeindevertretung jährlich, nach Ende des Kindergartenjahres, über die Entwicklung zu informieren.
5. Die Zuwendungen des Landes, die wegen des Konnexitätsprinzipes zur Verbesserung der Kinderbetreuung auf der Mindestverordnung beruhen, werden zur Reduzierung der Personalkosten in Kindertagesstätten für die Jahre 2009 bis 2012 fachgerecht verwendet.
6. Eine Erweiterung der Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren in Niederwalgern soll geprüft werden, um im Bedarfsfall die Kindertagesstätte den Anforderungen entsprechend anpassen zu können.

Frau Schneider stellte den Antrag, über die einzelnen Punkte der Anträge getrennt abzustimmen.

Nach einer Sitzungsunterbrechung, in der die beiden Anträge an alle Parlamentsmitglieder verteilt wurden, ließ der Vorsitzende sodann zunächst über den **Antrag der FBW zu den Punkten 1 – 6 abstimmen.**

**Beschluss:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt:

1. Mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 in allen gemeindlichen Kindertagesstätten einen Mittagstisch und eine verlängerte Öffnungszeit von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr anzubieten.

**Beratungsergebnis:** 13 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

2. In der Kindertagesstätte Roth bis zum 01.08.2013 die notwendigen baulichen Voraussetzungen zu schaffen, um eine bestehende Regelgruppe in eine altersgemischte Gruppe ab 2 Jahren umzuwandeln.

**Beratungsergebnis:** einstimmig

3. Sofern das ehemalige Gemeindehaus in Niederwalgern frei wird, dort den Anforderungen der Kindergartenleitung entsprechend die Nutzungsmöglichkeit als Mittagstisch und Ruheraum zu schaffen.

**Beratungsergebnis:** 20 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen

4. Unter Nutzung staatlicher Fördermöglichkeiten zügig die Einrichtung einer zunächst 2gruppigen Kinderbetreuung für U-3Jährige im OT Wenkbach, bevorzugt im ehemaligen Lehrerwohnhaus, zu schaffen. Diese Kinderkrippe ist nach Möglichkeit als Außenstelle der Kindertagesstätte Roth einzurichten.

**Beratungsergebnis:** 13 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

5. Die vorgelegte Konzeption zur gemeindlichen Kinderbetreuung weiter zu entwickeln. Es sind alle Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen zu erfassen. Neben den bestehenden Kindergartenberichten ist die Gemeindevertretung jährlich, nach Ende des Kindergartenjahr, über die Entwicklung zu informieren.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

6. Die Zuwendung des Landes Hessen (1 Abschlagszahlung ca 82.000,00 €) für den Betrieb von Kindertagesstätten zweckgebunden zu verwenden.

**Beratungsergebnis:** 19 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen

Danach erfolgte die **Abstimmung** der einzelnen Punkte des Änderungsantrages der Fraktion **BÜNDNIS/DIE GRÜNEN**:

1. Mit Beginn des Kindergartenjahres 2013/2014 in allen gemeindlichen Kindertagesstätten einen Mittagstisch und eine verlängerte Öffnungszeit von 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr anzubieten.

Hierzu erfolgte keine Abstimmung, da dieser Punkt bereits im FBW-Antrag unter Punkt 1 beschlossen wurde.

2. In der Kindertagesstätte Roth bis zum 01.08.2013 die notwendigen baulichen Voraussetzungen zu schaffen, um eine bestehende Regelgruppe in eine altersgemischte Gruppe ab 2 Jahren umzuwandeln.

Auch hierzu erfolgte keine Abstimmung, da dieser Punkt unter Punkt 2 des FBW-Antrages entschieden wurde.

3. Das Angebot in der Kindertagesstätte Oberweimar für unter 2jährige zu öffnen.

**Beratungsergebnis:** 10 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen

4. Die vorgelegte Konzeption zur gemeindlichen Kinderbetreuung weiter zu entwickeln. Es sind alle Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen zu erfassen. Neben den bestehenden Kindergartenberichten ist die Gemeindevertretung jährlich, nach Ende des Kindergartenjahres, über die Entwicklung zu informieren.

Auch hierzu erfolgte keine Abstimmung, da dieser Punkt ebenfalls unter dem Punkt 5 des FBW-Antrages entschieden wurde.

5. Die Zuwendungen des Landes Hessen, die wegen des Konnexitätsprinzipes zur Verbesserung der Kinderbetreuung auf der Mindestverordnung beruhen, werden zur Reduzierung der Personalkosten in Kindertagesstätten für die Jahre 2009 bis 2012 sachgerecht verwendet.

Ebenfalls keine Abstimmung, siehe Top 5 FBW-Antrag.

6. Eine Erweiterung der Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren in Niederwalgern soll geprüft werden, um im Bedarfsfall die Kindertagesstätte den Anforderungen entsprechend ausstatten zu können.

**Beratungsergebnis:** 10 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen

#### 4. **Bildung eines Energiebeirates;**

**hier: Informationen**

Drucksache: 11/29/2012/11-16 1. Ergänzung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Hans-Jakob Heuser, berichtete, dass die Ausschussmitglieder durch den Klimaschutzbeauftragten, Herrn Franke, informiert wurden über den „Masterplan 100 % Klimaschutz“, den der Landkreis Marburg-Biedenkopf auf den Weg gebracht habe. Ziel des Planes sei es, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahre 2050

um 95 %, die Endenergie um 50 % zu reduzieren sowie den Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu produzieren.

Der Vortrag, so Herr Heuser, sei sehr informativ gewesen. Dem Ausschuss sei ein Workshop angeboten worden, der im April durchgeführt werden soll.

Der Ausschuss gebe daher zunächst keine Beschlussempfehlung.

**Beratungsergebnis:** Ohne Abstimmung

**5. Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 08.3 "Dorfgemeinschaftshaus Roth" im Ortsteil Roth vom 04.05.1992 und der 1. Änderung des Teilbebauungsplanes Nr. 08.1 'Der Heier' der Gemeinde Roth (jetzt Gemeinde Weimar) vom 01.08.1970**

Drucksache: 60/7/2012/11-16

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Hans-Jakob Heuser, berichtete, dass im Ausschuss Herr Siegfried Koch erklärt habe, dass die vorliegende Bauleitplanung die noch fehlende Ausgleichsmaßnahme im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan BGH Roth berücksichtige. Der Multifunktionsplatz sei nur eine Option, die später umgesetzt werden könne.

Bürgermeister Eidam habe erklärt, dass aufgrund des gestellten Förderantrages über die Region Marburger Land in den nächsten Monaten mit einem Förderbescheid zu rechnen sei, der auch ein bestimmtes Zeitfenster zur Umsetzung der Maßnahme beinhalte. Er gehe jedoch davon aus, dass sich das Genehmigungsverfahren zur Änderung des B-Planes stark verzögere und somit rechtzeitig über Alternativen zur Umsetzung der Parkplätze nachgedacht werden müsse, so dass die Förderung nicht gefährdet werde.

Herr Matthias Happel habe im Ausschuss erklärt, dass der Multifunktionsplatz in der jetzigen Planung ohne Vorankündigung berücksichtigt worden sei. Die Gemeinde könne zusätzliche Schulden nicht abtragen, weiterhin müsse durch die Betriebsschließung der Fa. Pauly mit einem Rückgang der Gewerbesteuer gerechnet werden. So sei der hohe finanzielle Aufwand nicht zu rechtfertigen.

Auch Herr Ahrens von der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN habe sich gegen die B-Planänderung ausgesprochen. Über den nun geplanten Multifunktionsplatz sei im Vorfeld nie gesprochen worden.

Herr Stephan Wenz habe im Ausschuss nochmal ausgeführt, dass die Bauleitplanung kostenfrei ausgeführt wurde.

Herr Heuser erklärte, dass der Beschlussvorschlag zur Änderung des Bebauungsplanes im Ausschuss abgelehnt wurde.

Herr Matthias Happel (CDU) drückte sein Unverständnis darüber aus, dass im aktuellen gemeindlichen Mitteilungsblatt bereits dazu aufgerufen wurde, am kommenden Samstag Bäume auf der vorgesehenen Fläche für den Multifunktionsplatz zu fällen und wiederholte noch einmal seine Argumente aus der Bauausschusssitzung. Seiner Meinung nach sei die Größe und damit die verbundene Ausgleichsmaßnahme überzogen.

Herr Siegfried Koch erklärte, dass er diese Aktion zurückstellen wolle, bis das Verfahren abgeschlossen sei.

Herr Dr. Dittrich (CDU) und Herr Ahrens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sprachen sich dafür aus, lediglich die Maßnahme mit den zuerst geplanten 25 Parkplätzen durchzuführen, da hierfür keine Ausgleichsmaßnahme notwendig werde.

Herr Hans-Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) fasste noch mal den chronologischen Werdegang der Angelegenheit zusammen und erklärte, dass seine Fraktion Veränderungen des vorliegenden B-Planes zustimmen werde. Er betonte noch einmal, dass es jetzt lediglich um die Umsetzung der zunächst geplanten 25 und jetzt 29 Parkplätzen gehe. Die Umsetzung des Multifunktionsplatzes solle später erfolgen.

Herr Kisslinger ((CDU) erklärte, dass es besserer Stil gewesen sei, im Vorfeld die Veränderungen zu besprechen.

Frau Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte einen Dringlichkeitsantrag mit dem Inhalt, einen Baumfällstopp für die Fläche des Multifunktionsplatzes zu beschließen, bis das Thema geklärt und erledigt sei.

Nach kurzer Diskussion und der Bestätigung durch den Bürgermeister, es werden keine Bäume gefällt, wurde der Antrag zurückgenommen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Änderung der im Bereich des Flächennutzungsplans der Gemeinde Weimar vom Dezember 1989 liegenden, nachfolgenden aufgeführten Bebauungsplänen:

- a) Bebauungsplan Nr. 08.3 "Dorfgemeinschaftshaus Roth" vom 04.05.1992
- b) Teilbepauungsplan Nr. 08.1 'Der Heier' der Gemeinde Roth (jetzt Gemeinde Weimar) vom 01.08.1970.

Der rechtskräftige Flächennutzungsplan sieht dort zu kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen vor.

**Beratungsergebnis:** 14 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

## **6. Haushaltssatzung 2013 (Haushaltsplan, Stellenplan, Investitionsprogramm) und Haushaltssicherungskonzept**

Drucksache: 20/17/2012/11-16

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Manfred Möller, berichtete aus der Ausschusssitzung, indem er die ausführliche Niederschrift zu dieser Sitzung zitierte. Darin enthalten waren auch die Anträge der FBW-Fraktion zur Änderung von Haushaltsansätzen bzw. Kostenstellen.

Bürgermeister Peter Eidam erklärte, dass die dem vorgelegten Entwurf zum Haushaltssicherungskonzept beigefügte Anlage, die eine Maßnahmen-aufstellung darstellt, in der aktuellen Darstellungsform auf Vorschlag der Kommunalaufsicht erstellt wurde.

Die Anregungen zum Haushaltssicherungskonzept seien auf der Seite 7 zu Punkt 6 (Durchzuführende Maßnahmenprüfungen) aktualisiert worden, indem das Wort „Kinderbetreuung“ entfernt wurde.

Darüber hinaus sei die Position „Verringerung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes aufgrund der reduzierten Anzahl“ entfernt worden.

Bezüglich der Verwaltungsaußenstellen erklärte Bürgermeister Eidam, dass zwar eine teilweise Verminderung des Umfangs der Verwaltungstätigkeit gegeben

sei, jedoch eine umfangreiche Ausweitung von organisatorischen, strukturellen Tätigkeiten, die die Gemeinde entlasten (Bürgerhilfen, Übernahme ehrenamtlichen Engagement, Pflege und Instandhaltungsarbeiten etc.) geleistet werden. Dabei diene die so genannte Verwaltungsaußenstelle mit ihrem/ihren jeweiligen Ortsvorsteher/Ortsvorsteherin als unverzichtbares Bindeglied als Kommunikator zwischen Verwaltung und dem jeweiligen Ortsteil.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) mahnte die zügige Erstellung der Eröffnungsbilanz an. Das vorliegende Zahlenwerk mit 6,6 Mio. € Einnahmen und alleine den zu leistenden Umlagen in Höhe von 3,7 Mio. € verblieben der Gemeinde 2,8 Mio. € an Deckungsmitteln.

Betrachte man sich die verbleibenden finanziellen Mittel und die notwendig werdenden Ausgaben, stelle man sehr schnell fest, dass nur ein eisener Sparwille der Weg zum Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes sei. Daher müssten alle Haushaltspositionen auf den Prüfstand.

Herr Heuser legte einen gemeinsamen Antrag von FBW- und SPD-Fraktion zum Finanzhaushalt und Stellenplan des Haushaltsentwurfes 2013 vor, nach dem nachfolgende Positionen im Finanzhaushalt zu streichen bzw. zu kürzen seien:

„Wir stellen den Antrag, vor der Beschlussfassung über den Haushalt 2013, nachfolgende Positionen im **Finanzhaushalt** zu streichen bzw. zu kürzen:

**Amt 010102 Zentrale Verwaltung, Seite 14/15:**

Geräte und Einrichtungen Verwaltung	EUR 3.500,--	streichen
Maschinen und Geräte Bauhof	EUR 40.000,--	streichen

**Amt 060201 Jugendarbeit, Seite 63/64:**

Kinderspielplätze	EUR 6.000,--	streichen
-------------------	--------------	-----------

**Amt 100102 Liegenschaften, Seite 94/95:**

Bebaute Grundstücke	EUR 7.500,--	streichen
---------------------	--------------	-----------

**Amt 130301 Friedhofs- und Bestattungswesen, Seite 129/130:**

Geräte, Ausstattungen Friedhöfe	EUR 2.000,--	streichen
Erneuerung auf Friedhöfen	EUR 7.500,--	streichen

**Amt 1502201 Bürgerhäuser, Seite 145/146:**

Einrichtung Bürgerhäuser	EUR 3.000,--	streichen
--------------------------	--------------	-----------

**Begründung:** Bei diesen Positionen seien genügend Haushaltsreste aus den Vorjahren vorhanden. Eine Begründung für die Notwendigkeit weiterer Mittel sei nicht geliefert worden

**Amt 080101 Förderung des Sports, Seite 78/79:**

Zuschüsse an Sportvereine	um EUR 2.000,--	kürzen
---------------------------	-----------------	--------

**Begründung:** Eine Erhöhung des Ansatzes gegenüber dem Vorjahr konnte nicht begründet werden. Der Ansatz des Vorjahres ist beizubehalten.

**Amt 120101 Gemeindestraßen, Seite 110/11:**

Allgem. Straßenbau (Asphaltierung)	um EUR 20.000,--	kürzen
------------------------------------	------------------	--------

**Begründung:** Gemäß Beschlussfassung im HFWA ist zunächst eine Bestandsaufnahme der notwendigen Reparaturmaßnahmen zu erstellen und der gesamte Finanzbedarf zu ermitteln. Danach können weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden.

**Amt 130301 Friedhofs- und Bestattungswesen, Seite 129/130:**

Friedhofserweiterung Niederweimar	EUR 5.500,--	streichen
-----------------------------------	--------------	-----------

**Begründung:** Zunächst ist eine Gesamtplanung mit Kostenermittlung vorzulegen. Danach kann über den weiteren Finanzbedarf beraten und beschlossen werden.

**Amt 130501 Landwirtschaft, Seite 133/134:**

Ausbau von Feldwegen	um EUR 9.750,--	kürzen
----------------------	-----------------	--------

**Begründung:** Aufgrund der Finanzsituation der Gemeinde ist die Auszahlung der zugesagten Förderbeträge auf zwei Jahre zu verteilen.

**Amt 150201 Bürgerhäuser, Seite 145/146:**

BGH Niederwalgern	EUR 13.000,--	streichen
BGH Wenkbach	EUR 9.500,--	streichen
BGH Niederweimar	EUR 7.000,--	streichen

**Begründung:** Aufgrund der Beschlussfassung zur Erstellung eines gesamtkommunalen Konzeptes hinsichtlich der Nutzungsauslastung des Bedarfs und der Folgekosten von Bürgerhäusern sind alle Maßnahmen zunächst zurückzustellen. Sofern einzelne Maßnahmen notwendig und erforderlich sind, kann aufgrund einer Einzelvorlage beraten und beschlossen werden.

Sofern ein schnelles Handeln erforderlich ist, verweisen wir auf die Befugnisse des Gemeindevorstandes nach § 7 der Haushaltssatzung.

Im Bereich des **Stellenplans** beantragen wir

1. die im Bereich der Gemeindebücherei ausgewiesene Stelle mit einem „kw“ Vermerk und
2. die im Bereich Bau + Planung vorhandene Stelle der Vergütungsgruppe E 10 mit einem Umwandlungsvermerk (ku) zu versehen

**Begründung:** Durch die entsprechenden Stellenvermerke soll die Kontrollfunktion der Gemeindevertretung bei künftigen, die beiden Stellen betreffenden Dispositionen, gewährleistet sein.

Herr Rabenau (SPD) monierte in seiner Haushaltsrede, dass noch immer keine Eröffnungsbilanz vorgelegt wurde. So sei seit dem ersten doppelhaushalt im Jahre 2009 noch kein Haushaltsjahr buchhalterisch geschlossen, da das Anlagevermögen noch immer nicht vollständig bewertet sei und die daraus resultierten Abschreibungswerte nicht gebucht werden konnten. So könne er sich auch nicht vorstellen, auf welcher Basis die Neukalkulation der Abwassergebühren stattfindet, wenn noch nicht einmal die Abschreibungswerte bekannt seien.

In dem vorliegenden Finanzhaushalt könne man keine Investitionsschwerpunkte erkennen, das habe seine Fraktion allerdings bereits im Haushaltsentwurf 2013 bemängelt.

Beispielhaft führte er auf, dass zwar für die nächsten 4 Jahre 165.000,-- € für das archäologische Freilichtmuseum „Zeiteninsel“ vorgesehen seien, jedoch sei die Information, dass dies Planungskosten seien, für seine Fraktion nicht ausreichend. Hier sollte nach Meinung seiner Fraktion ein solider Finanzierungsplan vorgelegt werden.

Auch seien 170.000,-- € für Geräte des Bauhofes für die nächsten 4 Jahre eingestellt. Dies passe nach seiner Meinung jedoch nicht zu der Aussage des Bürgermeisters, dass man bezüglich des Bauhofes „gut aufgestellt“ sei. Nehme

man die Haushaltsreste von 128.000,-- € hinzu, komme man zu einer Gesamtsumme von 300.000,-- €. Es stelle sich hier die Frage, was steht an? Gibt es evtl. Alternativen? Die Erklärung nach Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten genüge seiner Fraktion nicht.

Aus dem Jahre 2011 seien insgesamt fast 3,1 Mio. € an sogenannten Ausgaberesten in das Haushaltsjahr 2012 übertragen worden. Wie viel davon in 2012 tatsächlich verausgabt und wieviel Reste von 2012 nach 2013 übertragen wurden, sei für seine Fraktion nicht ersichtlich.

Üblicherweise schaffe man Rückstellungen, wenn man größere Investitionen in der Zukunft tätigen wolle, aber davon sei im Haushalt nichts zu erkennen. So finde man die kalkulatorischen Zinserträge aus der Abwasserrücklage, obwohl das Parlament darüber informiert worden sei, dass dieses Geld aktiv zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit eingesetzt werde und damit sicherlich keinen Zinsertrag bringen könne.

In Zeiten der doppelten Haushaltsführung seien Haushaltsreste nicht nur unzeitgemäß, sondern auch für mangelnde Transparenz verantwortlich. Seine Fraktion bezeichne diese Situation mit „Schattenhaushalt“.

Man solle nicht über die üblichen Belastungen der Kommune durch Kreis und Land jammern, sondern zunächst einmal vor der eigenen Haustüre kehren.

Ordentliche und umfängliche Buchhaltung schaffe Transparenz und ermögliche eine gesicherte und zuverlässige Planungsgrundlage und bilde damit die Basis für politische Entscheidungen.

Völlig inakzeptabel sei, diese Daten wenig oder gar nicht zu kommunizieren bzw. unvollständig bzw. veraltete Daten für den Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung zu liefern.

Er frage sich, ob das vorliegende Papier tatsächlich ausgiebig im Gemeindevorstand diskutiert und behandelt wurde und akzeptiere auch nicht, dass die Gemeindevertreter hinsichtlich der Informationsbeschaffung mit einer Holschuld belegt werde.

Nicht die Quantität an Papier mit Kontenaufstellungen und Geldbeträgen mache den Haushaltsentwurf nachvollziehbar. Es reiche ein ausführlicher Bericht mit der Situationsbeschreibung und den daraus abgeleiteten Maßnahmen und Fristen. Bereits im vergangenen Jahr habe er das „sogenannte Haushaltssicherungskonzept“ beanstandet. Er erspare sich für dieses Jahr eine Wiederholung.

Bereits im vergangenen Jahr habe man im Haushaltsentwurf nur aus Planungssicherheitsgründen zugestimmt. Und auch in diesem Jahr werde seine Fraktion nur mit den deutlichen Änderungen, die in den gemeinsamen Antrag von FBW und SPD eingebracht wurden, dem Haushaltsentwurf 2013 zustimmen.

Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) dankte zu Beginn seiner Haushaltsrede allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die umfangreichen Arbeiten zur Erstellung des Haushaltsentwurfes.

Der vorliegende Haushaltsentwurf weise einen Fehlbetrag von 693.800,-- €. Dies sei zwar der geringste aller bisherigen doppelten Haushalte, ändere jedoch nichts an der angespannten Finanzsituation der Gemeinde.

Der größte Posten dieses Fehlbetrages sei wiederholt die Abschreibungen des Anlagevermögens mit 675.430,-- €, allerdings eine Position, auf die kein gewichtiger Einfluss zu nehmen sei.

Natürlich komme hinzu auch die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage in Verbindung mit veränderten Bemessungsgrundlagen durch das Finanzministerium sowie der Anteil der geplanten Kompensationsumlage, durch die eine Mehrbelastung in Höhe von 426.511,-- € getragen werden müsse.

Noch immer fehle die Eröffnungsbilanz, die dringend notwendige Bewertung des Anlagevermögens sowie ein nachvollziehbares Zahlenwerk, das eine Berücksichtigung von Leistungsbeziehungen unter den verschiedenen Kostenstellen durch interne Verrechnungssätze mehr Klarheit und Übersichtlichkeit schaffe.

Durch das negative Ergebnis des Haushaltes habe wiederum ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet und der Kommunalaufsicht vorgelegt werden müssen. Hier seien die Ursachen des nicht ausgeglichenen Ergebnishaushaltes zu beschreiben und das Konsolidierungsziel festzulegen. Dieses Haushaltssicherungskonzept weise einen Betrag von 302.200,-- € aus. Selbst wenn diese Maßnahmen umgesetzt würden, seien sie nicht ausreichend, um einen Ausgleich des Haushaltes zu erreichen.

Es müsse nach Meinung seiner Fraktion weiterhin oberste Priorität sein, Pflichtaufgaben mit den vorhandenen Mitteln vorrangig zu erfüllen. Die freiwilligen Leistungen müssten, wie von der Kommunalaufsicht gefordert, auf den Prüfstand, allerdings vor einem sozialverträglichen Hintergrund, ohne einen Kahlschlag vorzunehmen.

Um dies zu überprüfen, habe sich im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aller Fraktionen gebildet. Über Zwischenergebnisse habe Dr. Dittrich (CDU) in der Dezembersitzung berichtet.

Eine, wie in der HFWA-Sitzung beschlossene Überprüfung der Situation der Bürgerhäuser, in Verbindung mit hier festgeschriebenen Investitionen für 2013 einzufrieren, sei zwar ein vernünftiger Ansatz, dürfe aber nicht der einzige dieser Art bleiben.

Er fordere eine Verbesserung der Einnahmesituation durch mehr Einkommensteuer- und Gewerbesteueranteile und fordere daher erneut, dass vorhandene Flächen effektiver vermarktet werden müssen, um Interessenten für Wohnbau- als auch für Gewerbeflächen zu finden. Die Gemeinde habe Vorteile durch die geografische Lage, die Infrastruktur und durch bezahlbare Bauplätze. Diese Chance gelte es zu nutzen, so dass auch den ansässigen Gewerbebetrieben durch neue potentielle Kundschaft Vorteile verschafft werden können. So böten die realisierten Straßenbaumaßnahmen für potentielle Gewerbetreibende einen nicht zu unterschätzenden Standortvorteil. Seine Fraktion sehe in der sinnvollen Vermarktung der noch freien Gewerbegebietsflächen eine Chance. So sei aufgrund der Schließung des Paulywerkes in Wenkbach die mögliche neue Ansiedlung von Gewerbebetrieben wichtiger denn je.

Bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit bleibe festzuhalten, dass Bürgermeister Eidam mit anderen Kommunen viele Kontakte geknüpft und Gespräche über mögliche Kooperationen geführt habe. Positiv sei hier zu nennen die mit der Gemeinde Cölbe gemeinsam durchgeführte Beauftragung von Fremdleistungen im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr.

Trotz des abzustimmenden Zahlenwerkes sollte das Parlament mit erhobenem Haupt an die bevorstehenden Aufgaben gehen. In diesem Zusammenhang danke er der Gemeindeverwaltung und dem Bürgermeister für die offene Zusammenarbeit, die es ermögliche, die kommenden Aufgaben sach- und zielorientiert zu entscheiden.

Seine Fraktion werde dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf mit den von in der HFWA-Sitzung geforderten Veränderungen zustimmen.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) wies in ihrer Haushaltsrede darauf hin, dass der Haushalt mit einem Finanzmittelfehlbedarf

von 564.420,-- € abschlieÙe. Selbst, wenn diese Rechnungsabschlüsse der zurückliegenden Jahre besser ausfallen sollten als in den jeweiligen Haushaltsplänen angenommen, bleibe festzustellen, dass die Gemeinde seit nunmehr 4 Jahren mehr ausgegeben habe, als sie Einnahmen zur Verfügung hatte. Von 2009 bis 2012 seien das insgesamt 3,8 Mio. € Schulden. Das bedeute für jeden Einwohner einen Schuldenstand von 550,-- € und steige mit einem Schuldenstand von 4,4 Mio. € auf ein Minus von 627 € pro Einwohner an.

Das Land Hessen komme nun endlich seiner Verpflichtung aus dem Konnexitätsprinzip nach und erstatte Verpflichtungen aus der Kinderbetreuung in Höhe von 81.000,-- €. Leider habe erst ein Gericht dafür sorgen müssen, dass die Gemeinden mit Jahren Verspätung die finanziellen Auswirkungen der Mindestverordnung zumindest teilweise erstattet bekämen.

Ihre Fraktion stehe zu einer professionellen Kinderbetreuung und erkenne an, dass die hessische Landesregierung durch Prof. Fthenakis einen guten Bildungs- und Erziehungsplan habe erarbeiten lassen. Um so betroffener mache jedoch der derzeitige Entwurf des Hessischen Kinderförderungsgesetzes. Sollte dieser Entwurf so Gesetzeskraft erlangen, werde man die frühkindliche Betreuung nicht so aufrechterhalten können, wie sich dies das Parlament wünsche.

Da man es in Weimar mit einem strukturellen Defizit zu tun habe und man wisse, dass man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bauhof, Verwaltung und Kinderbetreuung benötige, müsse man ernsthaft überlegen, welche finanziellen Entlastungen man durch sinnvolle Maßnahmen, die die Bürgerhäuser betreffen, umsetzen wolle.

Man habe im Jahre 2010 580.000,-- € Gewerbesteuererinnahmen prognostiziert und plane in 2013 mit 1 Mio. €. Sie hoffe, so Frau Schneider, dass die Schließung des Betriebsstandortes Pauly der Gemeinde hier keinen Strich durch die Rechnung mache. Aber es werde wieder einmal deutlich, dass Einnahmen im Gegensatz zu den Ausgaben unsicher seien.

Richtig sei, so Frau Schneider, dass der Gebührenhaushalt im Friedhofs- und Bestattungswesen einem Ausgleich zugeführt werden solle, dennoch bleibe ein ausgeglichener Haushalt dadurch immer noch in weiter Ferne.

Frau Schneider meinte weiter, dass man sich vielleicht fragen solle, was wäre, wenn der Gemeinde der kommunale Rettungsschirm angeboten worden wäre mit der Auflage, in den nächsten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Sie führte hier die Stadt Kirchhain an, die zunächst mit 1 Mio. € Unterdeckung nicht hätte unter den Rettungsschirm kommen können, jedoch durch gemeinsame Anstrengungen diese Auflage nunmehr erfüllen konnte.

Die Gemeinde Ebsdorfergrund, mit der Gemeinde Weimar (Lahn) vergleichbar, so Frau Schneider, leihe dem Land sogar noch Geld für den Straßenausbau. Es müsse also doch möglich sein, was man in Weimar bisher nicht geschafft habe. Auch der demografische Wandel mahne, nicht einer immer kleiner werdenden Zahl an Menschen immer höhere Schulden zu überlassen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Haushalt, wenn auch mit Bauschmerzen, zustimmen.

Herr Fischer (FDP) dankte zunächst der Verwaltung für die geleistete Arbeit für das Werk, das im kameralen System Einnahmen und Ausgaben, nun im doppischen Haushaltswesen Erträge und Aufwendungen gegenüberstelle. Ein solches Werk sei kein Selbstzweck, sondern es gelte in erster Linie, den Finanzbedarf der Kommune und seine Deckung festzustellen, aber alle Ansätze und Zuteilungen seien auch zugleich Ausdruck einer Präferenz, da sie zeigen,

welche Aspekte nach Meinung des Parlamentes einer Priorität zukämen, zeigen also, wo man Willens sei, gewisse Beträge zu investieren.

Die Beratungen im HFWA und auch die Arbeiten in der Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ hätten gezeigt, so Herr Fischer, welche Problemfelder und Schwachstellen sich eröffnen.

Man merke schnell, dass dieses kaufmännische System der Verrechnungspreise und die Aufwandszuordnung noch nicht so funktioniere, wie sie soll, was die Arbeit damit absurd erscheinen lasse. So erinnere er an die Diskussion zum Verbleib von Haushaltsresten als virtuelles, nicht verfügbares Sparbuch. Es fehle ihm an Transparenz, die man sich vom System der Doppik verspreche.

Es liege zwar jetzt bereits nicht der erste doppische Haushalt vor, das nütze jedoch wenig ohne Eröffnungsbilanz und ohne Jahresabschluss, denn genau dieses sei der Schlüssel zu vielen Fragen, die sich im Verfahren immer wieder ergeben, so Herr Fischer. Dieses Generalproblem wiege für ihn wesentlich schwerer als die Detailfragen. Er lege daher den Fokus auf eine zügige Erledigung. Das Vorliegen der Jahresabschlüsse sei als Kontrollinstrument der Planung essentiell.

Das weitere Problem sei natürlich die Konsolidierung des Haushaltes. Leider gebe es Belastungen, die die Gemeinde nicht direkt beeinflussen könne, er denke hier an den Kreishaushalt. So sei der Landrat sicherlich ein Meister der übervorsichtigen Ansätze und die Rechnung dafür bekomme die Gemeinde in Form der Schul- und Kreisumlage, eine Mehrbelastung, die seiner Meinung nach nicht nötig war. Die Kernthemen, mit denen sich die Gemeinde zu befassen habe, hätten sich nicht geändert: Im Bereich der Abwasserbeseitigung würden Ergebnisse ins Haus stehen, die es umzusetzen gelte. Auch die Bestattungsgebühren kämen auf den Prüfstand, aber auch die Bürgerhäuser in den Ortsteilen, die kulturelles Leben, Heimatpflege und Vereinsförderung unterstützen und ermöglichen sollen. Das war in den 50er Jahren Ansinnen des damaligen Hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn, als er mit seinem Hessenplan diese Einrichtungen zum Kernpunkt machte. Heute müssen wir uns, so Herr Fischer, die Frage gefallen lassen, wo diese Reise hingehge und welche Zukunft, welche Aufgaben die Bürgerhäuser noch hätten. Hier gelte es, ein gesamtgemeindliches Konzept erarbeiten zu lassen.

Ein weiterer Punkt sei die interkommunale Zusammenarbeit. Der Bürgermeister habe immer wieder von Ansatzpunkten und absolvierten Gesprächen gesprochen. Sicher handele es sich hier um kein einfaches Thema, aber der Weg führe nicht daran vorbei. Wenn Kostenstrukturen optimiert werden sollen, dürfe man sich nicht davor scheuen, egal in welchen Bereichen, zu kooperieren und zusammenzuarbeiten.

Er sehe sich also entscheidenden und wichtigen Punkten gegenüber und wies darauf hin, dass man es dem Bürger zuerst schulden solle, die eigenen Leistungen und Kosten zu betrachten, bevor vorschnell an der Gebührenschaube gedreht werde. Auch dazu solle die Doppik wichtige Anhaltspunkte liefern.

Sodann ließ der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Barth, über die einzelnen Positionen des Antrages der FBW-Fraktion aus der HFWA-Sitzung abstimmen:

**1. Eröffnungsbilanz**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, für die nächste Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung schriftlich über den Stand der

Eröffnungsbilanz zu berichten. Der Ausschuss ist über die Schwierigkeiten und Probleme, die zu der erneuten Verzögerung geführt haben, zu informieren. Der Ausschuss erwarte ferner einen Zeitplan zur weiteren Vorgehensweise und die Benennung konkreter Maßnahmen zur Fertigstellung mit entsprechender Terminierung. Über den Fortgang der Erstellung ist in den folgenden Ausschusssitzungen zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:** 20 Ja-Stimmen, 3 Enthaltung

2. **Gesamtplanung, Investitionsmaßnahmen Archäologische Zeiteninsel:**

a) Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine aktuelle Gesamtplanung zu den Investitionsmaßnahmen zur Archäologischen Zeiteninsel im Lahntal vorzulegen. Die Investitionssumme für die Gemeinde Weimar ist darin separat zu beziffern.

b) Die Planungen zum Betrieb der Zeiteninsel, die dafür notwendigen Mittel und deren Herkunft sind in einer weiteren Vorlage darzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** 14 Ja-Stimmen, 9 Enthaltungen

3. **Zustand der Gemeindestraßen:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, zur nächsten Sitzung einen Bericht über den Zustand der Gemeindestraßen vorzulegen. Der Bericht soll insbesondere beinhalten: Welche Maßnahmen mit dem Landesprogramm „Straßenausbaubesserung/Winterschäden“ durchgeführt wurden. Welche Straßen der angesprochenen Prioritätenliste noch nicht abgearbeitet wurden. Welcher konkreter Ausbesserungsbedarf an welchen Straßen noch besteht. Der Finanzmittelbedarf und ein Finanzierungsplan sind dem HFWA mit der Bitte um Beratung und gesonderte Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

4. **Investitionsbereich Bürgerhäuser:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die Situation aller DGH's hinsichtlich der Nutzungsauslastung, des Bedarfs und der Folgekosten zu beleuchten und zu analysieren. Der Bericht muss in einem gesamtkommunalen Konzept für die Gemeinde Weimar enden.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

Der Gemeindevertretung lag ein gemeinsamer Antrag von FBW und SPD-Fraktion mit folgenden Streichungen bzw. Kürzungen vor:

**Beschlüsse zu dem zuvor genannten Antrag von FBW und SPD:**

**Amt 010102 Zentrale Verwaltung,**

**S. 14/15:**

Geräte und Einrichtungen Verwaltung  
Maschinen u. Geräte Bauhof

3.500,-- € streichen  
40.000,-- € streichen

**13 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen,  
1 Enthaltung**

**Amt 060201 Jugendarbeit, S. 63/64:**

Kinderspielplätze

6.000,-- € streichen

**13 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen,  
1 Enthaltung**

**Amt 100102 Liegenschaften, S.94/95:**

Bebaute Grundstücke 7.500,-- € streichen  
**13 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,  
 2 Enthaltungen**

**Amt 130301 Friedhofs- und Bestattungswesen, S. 129/130:**

Geräte, Ausstattungen Friedhöfe 2.000,-- € streichen  
 Erneuerung auf Friedhöfen 7.500,-- € streichen  
**13 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,  
 2 Enthaltungen**

**Amt 150201 Bürgerhäuser, S. 145/146:**

Einrichtung Bürgerhäuser 3.000,-- € streichen  
**13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,  
 9 Enthaltungen**

**Amt 080101 Förderung des Sports, S. 78/79:**

Zuschüsse an Sportvereine um 2.000,-- € kürzen  
**15 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
 6 Enthaltungen**

**Amt 120101 Gemeindestraßen, S. 110/111:**

Allgem. Straßenbau (Asphaltierung) um 20.000,-- € kürzen  
**17 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,  
 2 Enthaltungen**

**Amt 130301 Friedhofs- und Bestattungswesen, S. 129/130:**

Friedhofserweiterung Niederweimar 5.500,-- € streichen  
**13 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen,  
 2 Enthaltungen**

**Amt 130501 Landwirtschaft, S. 133/134:**

Ausbau von Feldwegen um 9.750,-- € kürzen  
**20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
 1 Enthaltung**

**Amt 150201 Bürgerhäuser, S. 145/146:**

BGH Niederwalgern 13.000,-- € streichen  
 DGH Wenkbach 9.500,-- € streichen  
 DGH Niederweimar 7.000,-- € streichen  
**13 Ja-Stimmen, 10 Enthaltungen**

Im Bereich des Stellenplanes:

1. die im Bereich der Gemeindebücherei ausgewiesene Stelle mit einem „kw“-Vermerk zu versehen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig**

2. Die im Bereich Bau u. Planung vorhandene Stelle der Vergütungsgruppe E 10 mit einem Umwandlungsvermerk (Ku) zu versehen.

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen**

**Beschlussfassung zum Haushaltssicherungskonzept:**

1. **Friedhofs- und Bestattungswesen:**  
 Schnellstmöglich ist der Gemeindevertretung eine beschlussfähige

Vorlage zur Gestaltung der Friedhofsgebühren vorzulegen. Damit soll spätestens im Jahre 2014 ein Ausgleich des Gebührenhaushaltes erreicht werden.

2. **Interkommunale Zusammenarbeit:**

Der Gemeindevorstand wird beauftragt , konkrete Gespräche über eine Zusammenarbeit mit den Kommunen Lohra und Fronhausen zu führen. Die Gespräche sind ergebnisoffen für alle Bereiche der Verwaltung zu führen. Diese Gespräche sollen insbesondere die Zusammenarbeit in den Bereichen Finanzwesen inkl. Kassenführung und Bauamt sein. Für den Bauhof ist insbesondere die gemeinsame Nutzung von Maschinen und Geräten in die Gespräche mit einzubeziehen. Der HFWA ist über Gespräche und Vereinbarungen zu informieren. Erste Ergebnisse sollen in der Gemeindevertretersitzung im Mai berichtet werden)

3. **Kinderbetreuung:**

Auf Seite 6 Punkt 7 soll der Begriff „Kinderbetreuung“ gestrichen werden.

4. **Verringerung der Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Gemeindevertretung:**

Dieser Passus ist im Haushaltssicherungskonzept zu streichen.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 mit den Bestandteilen des Haushaltsplanes (Gesamthaushalt, Teilhaushalten, Stellenplan, Investitionsprogramm) sowie das Haushaltssicherungskonzept mit den zuvor genannten Änderungen.

**Beratungsergebnis:** Einstimmig

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) stellte aufgrund der Regelungen in der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung den Antrag, die Sitzung zu schließen, da inzwischen 23.00 Uhr überschritten sei.

Ende der Sitzung: 23.10 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Kurt Barth

Rita Rohrbach

Die Tagesordnungspunkte 7 – 11.1 sollen auf die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung am 21.03.2013 genommen werden. Der Top 8 soll vorab in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz am 12.03.2013 beraten werden.